

Ausgewählte **Pressestimmen**
zur Anhörung im Landtag am 20. Oktober 2011

Gutachterlichen Stellungnahme
des Herrn Rechtsanwalt Dr. Thomas Langer

**„Zur Frage der Zulässigkeit einer Kürzung der Finanzhilfe für
Schulen in freier Trägerschaft in Brandenburg“**

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12200007/62249/Vertreter-freier-Schulen-bei-Anhoerung-im-Landtag-Kuerzungen.html>

BILDUNG: Kürzungen könnten für das Land teuer werden

Vertreter freier Schulen bei Anhörung im Landtag

POTSDAM - Die geplanten Sparmaßnahmen bei den Schulen in freier Trägerschaft könnten die Landesregierung sowohl finanziell als auch bildungspolitisch teuer zu stehen kommen. Das bekräftigten Vertreter von Städte- und Gemeindebund, des Paritätischen Landesverbandes, der Kirche, der freien Schulen und von wissenschaftlichen Einrichtungen gestern in einer Anhörung zum geplanten Haushaltsbegleitgesetz im Landtag. Die Erhöhung des Schulgeldes, der Zusammenschluss mehrerer kleiner Träger unter dem Dach eines großen Trägers, ein härterer Kampf um Schüler und im schlimmsten Fall die Schließung der Schulen – all diese Folgen werden befürchtet, wenn das Parlament dem Gesetzentwurf zustimmt.

2012 will die Landesregierung bei den 164 Schulen in freier Trägerschaft fünf Millionen Euro einsparen. Mit Kürzungen zwischen zehn und 37 Prozent müssten diese dann rechnen. Das könnte freie Schulen, insbesondere kleine Einrichtungen in dünn besiedelten Regionen, existentiell bedrohen, wie Jens Brüggemann, Geschäftsführer der Docemus Privatschulen, betonte. Schon jetzt sei die Förderung nicht auskömmlich. Zudem hätten die Schulgründer oftmals langjährige Kredite aufgenommen.

Ulrich Seelemann, Präsident des Konsistoriums der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz, sprach von einem Vertrauensbruch gegenüber den Trägern. Dass im Falle einer Schulschließung das Land Entschädigungszahlungen zu leisten hätte, schloss er nicht aus.

Um trotz der massiven Einsparungen überleben zu können, müssten die Schulen in freier Trägerschaft zwangsläufig ihr Schulgeld erhöhen. Das wiederum sei nicht mit dem Grundgesetz vereinbar, wie Volker Symalla, Geschäftsführer des Landesverbandes deutscher Privatschulen, sagte. Denn laut Verfassung haben Eltern das Recht, die für ihr Kind geeignete Schule frei wählen zu können.

Die Möglichkeit, dass sich mehrere kleine Träger unter das Dach eines großen Trägers zusammenschließen, betrachten die Vertreter freier Schulen ebenfalls kritisch. Unter einem Zusammenschluss würde die Vielfalt der verschiedenen Bildungsangebote leiden, hieß es.

Eine Stärkung der lokalen Bildungsangebote forderte Bettina Stobbe vom Paritätischen Wohlfahrtsverband. Nur so könne landesweit ein angemessenes Bildungsangebot gewährleistet werden. Mit dem Gesetzentwurf würden jedoch unabsehbare Risiken befördert. „Die freien Schulen tragen zur Entlastung der kommunalen Haushalte bei“, sagte sie. Müssten freie Schulen schließen,

<http://www.moz.de/lokales/artikel-ansicht/dg/0/1/981173/>

[Daniela Windolff](#) 20.10.2011 05:29 Uhr
Red. Uckermark, [Uckermark](#)

Stadt und SVV unterstützen freie Schulen

Angermünde (MOZ) Die Stadtverordnetenversammlung will sich für den Erhalt der Schulen in freier Trägerschaft einsetzen und eine entsprechende Stellungnahme an den Landtag verabschieden. Die geplanten Kürzungen würden den Fortbestand der Freien Grund- und Oberschule sowie der Beruflichen Schule gefährden.



Sichtbarer Protest: Am Schulhaus der Freien Schule hängt das Plakat der Initiative „Frei gestrichen“. © MOZ

Wenn sich heute im Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Landtages Brandenburg eine öffentliche Anhörung mit der Finanzierung der freien Schulen beschäftigt, werden auch Eltern und Vereinsmitglieder der Freien Schule Angermünde mit dabei sein. Seit Montag protestieren sie gemeinsam mit Dutzenden Vertretern Brandenburger Schulen in Potsdam. 60 Tage und Nächte lang versammeln sich Schüler, Lehrer und Eltern auf einer Wiese in Sichtweite des Landtages. Hier hat die Arbeitsgemeinschaft freier Schulen Brandenburg das Bildungscamp 2011 errichtet und gestaltet dort offene Werkstätten als Angebot an alle Schulen, unabhängig von der Trägerschaft, sowie öffentliche Elternversammlungen.

Das Camp bündelt den Protest gegen die Rotstiftpolitik im gesamten Bildungsbereich und soll bis zur Entscheidung des Landtages zum Haushaltsgesetz 2012 am 15. Dezember dort bestehen bleiben. Organisiert und betreut wird das Bildungscamp von Eltern aus Potsdam, Wittstock und Angermünde.

„Organisatorische Selbstständigkeit für staatliche Schulen, gleichberechtigte Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft, Re-Demokratisierung der Brandenburger Bildungspolitik, so lauten die Forderungen der Initiatoren“, informiert Axel Kalhorn von der Angermünder Elterninitiative.

Er hatte kürzlich vor den Angermünder Abgeordneten deutlich gemacht, was die Kürzungen auch für die Stadt bedeuten würden. Fast 800 000 Euro hat der Trägerverein in die Sanierung der Gebäude der ehemaligen Puschkinschule und des leergezogenen Pflegeheims in der Seestraße investiert. Das reformpädagogische Schulangebot mit Polnischunterricht hat für den Zuzug vieler Familien nach Angermünde und ins Umland gesorgt. Enge Kooperationen bestehen mit dem Volleyballclub, der Musik- und Kunstschule und dem Nationalpark sowie einer Partnerschule in Stettin. Für 2012 ist eigentlich eine Neuauflage des Mittelalterfestes geplant, das zur 775-Jahrfeier begeisterte.

Wenn allerdings die geplanten Kürzungen beschlossen werden, wäre die Schule pleite und müsste schließen. Betroffen wäre ebenso die Berufliche Schule des Bildungswerkes.

Die Stadt will nun den Protest der freien Schulen mit einer Stellungnahme für deren Erhalt als wichtiges Standbein für den Bildungsstandort Angermünde unterstützen.

www.bildungscamp2011.de“